

## Reden globaler Klimastreik 03.03.2023

14 Uhr Beginn/Auftaktkundgebungen:

- Fridays for Future
- Ver.di/Beschäftigte
- Scientists for Future
- Debt for Climate

Demozug

Abschlusskundgebungen ab ca. 16 Uhr

- gleicheAnders
- Seebrücke
- Iranian

## Rede Fridays for Future

Moin! Richtig schön, dass ihr alle euren Weg hierher gefunden habt, obwohl keine Busse und Bahnen fahren. Und auch herzlich Willkommen an die Beschäftigten des ÖPNV, mit denen wir heute zum ersten Mal gemeinsam streiken! Auch nach vier Jahren Klimastreik - richtig, vier - stehen wir immer noch hier. Weil in diesen vier Jahren zwar viel passiert ist, aber nichts, was wirklich dafür sorgt, dass Deutschland sich ans Pariser Klimaabkommen hält.

Der Verkehrssektor zum Beispiel verfehlt seit Jahren konsequent jedes Klimaziel. Ob Andreas Scheuer oder Volker Wissing, 2018 oder 2023 - im Verkehrsministerium bewegt sich quasi nichts. Das letzte Maßnahmenpaket, das Volker Wissing vorgestellt hat, war so unzureichend, dass seine Wirksamkeit nicht einmal geprüft werden konnte. Weil nichts zu prüfen da war. Ihr erinnert euch wahrscheinlich daran, wie voll Busse, Bahnen und Züge letzten Sommer waren. Dass sie oft noch später kamen, als wir das von der Deutschen Bahn schon gewohnt sind. Oder an die letzten Monate, in denen auch hier in Braunschweig immer wieder ganze Buslinien ausgefallen sind, weil Fahrer\*innen krank waren oder einfach fehlten. Das kommt nicht von irgendwo: Die Arbeitsbedingungen im ÖPNV sind seit langem schlecht, Löhne zu niedrig und es fehlt wie überall an Fachkräften. Und genau deshalb streiken wir heute gemeinsam mit den Beschäftigten. Wir stehen hinter euren Forderungen: 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens 500 Euro mehr pro Monat. Auszubildende müssen ebenfalls mindestens 200 Euro pro Monat mehr bekommen. Klimaschutz und Arbeitnehmer\*innenrechte schließen sich nicht aus, sondern gehören untrennbar zusammen.

Die neue Niedersächsische Landesregierung hat sich jetzt als Ziel gesetzt, die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 zu verdoppeln. 9 Millionen Menschen sind mit dem 9€ Ticket auf öffentliche Verkehrsmittel umgestiegen. Ein bisschen heruntergebrochen waren das alleine in Niedersachsen mehr als eine halbe Millionen Menschen. Bis 2030 plant die Landesregierung weit mehr als das - und einen dauerhaften Umstieg.

Das klingt total gut und wäre dringend nötig - aber wir fragen uns, wie soll das gehen? Wenn heute schon Beschäftigte fehlen, weil die Arbeitsbedingungen schlecht sind? Wenn die Infrastruktur veraltet oder gar nicht vorhanden ist? Wenn das Geld statt in Bahnstrecken in neue Autobahnen fließt? Wenn Tickets immer teurer werden und den Kommunen das Geld fehlt, um mehr zu investieren?

Was die Landesregierung versucht, ist eine Verkehrswende. Sie haben richtig erkannt, dass Verkehrswende mehr ist, als keine Verbrennermotoren in Autos einzubauen und dann weiter zu machen wie vorher. Aber konkrete Maßnahmen oder zumindest Pläne lassen bisher auf sich warten. Autofreie Innenstädte, mehr sichere Radwege, ÖPNV Ausbau überall und besonders auf dem Land und bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte sind nur ein paar der notwendigen Maßnahmen. Alles Dinge, die vor allem in Kommunen umsetzbar wären - wenn der politische Wille und das Geld da wären.

Und da kommen wir wieder ins Spiel. Wir sind hier, weil wir wütend sind - weil nach vier Jahren Klimastreik so wenig passiert ist. Aber wir sind eben auch hier, weil wir wissen, dass es besser werden kann. Weil wir die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben.

Wir werden immer wieder von Regierungen gebeten, uns doch mehr auf Kompromisse einzulassen. Aber sind wir mal ehrlich: Den größten Kompromiss haben sie selbst unterschrieben. Paris ist der Kompromiss. 1,5 Grad ist der Kompromiss.

Wir fordern nichts, dem sie nicht schon zugestimmt hätten. Wir fordern, dass sie sich an ihre Versprechen halten. 1,5 Grad entscheiden über das Leben und die Existenz von Millionen Menschen. Wir haben keine Wahl: Morgen ist es zu spät. Danke, dass ihr heute wieder oder zum ersten Mal mit uns hier steht - We are unstoppable, another world is possible!

Ver.di/Beschäftigte:

(Leider erreichte uns der Redeninhalte nicht rechtzeitig)

## Rede Scientists for Future

Wir alle brauchen die Verkehrswende - Nicht alle wollen die Verkehrswende

Aber für das Überleben der Menschheit auf diesem Planeten müssen wir die Zerstörung von Lebensraum für alle Arten stoppen und umkehren.

Was bedroht die Arten und damit die Biodiversität?

Erheblich auch der Verkehr, mit CO<sub>2</sub>-Ausstoß, Flächenversiegelung, und Verschmutzung durch Reifenabrieb oder anderen Schadstoffen.

Hauptverursacher dafür im Verkehr ist das Auto.

Die Wende - weg vom Auto - hin zu deutlich mehr Fahrrad und zu Fuß gehen - ist also eine Notwendigkeit für das Überleben auf diesem Planeten.

Deswegen brauchen wir alle die Verkehrswende - ob wir sie wollen oder nicht.

Damit könnte diese Rede jetzt zu Ende sein - wenn es nicht so schwer wäre statt nur zu Reden auch zu handeln.

Aber wie schaffen wir als Gesellschaft die Verkehrswende?

Wir alle wollen uns mit Freunden treffen, in den Urlaub fahren, müssen mal zum Arzt, gehen in die Schule oder arbeiten, kümmern uns vielleicht sogar um Angehörige.

Die Verkehrswende konsequent als ein Individuum umzusetzen ist schwer!

Das können wir nur gemeinsam.

Umso mehr brauchen wir also die Institutionen!

Die Verkehrswende beginnt im Kopf von uns allen.

Aber sie ist nicht in den Köpfen der Institutionen von Bund, Länder und Gemeinden, angekommen.

Bei ihnen hat das Auto ein Sonderstatus - sie sind Autonormativ.

Besonders deutlich wird es bei Unfällen und der "Vision Zero", also der Vision von Null Verkehrstoten aus der Mitte der 90iger Jahren.

Auf dem Papier setzen sich die Institutionen für die Vision ein. Aber es wird nicht danach gehandelt.

Für die Person hinter dem Steuer ist auch sicher, aber für die Person vor der Motorhaube nicht.

Leidtragende sind also vor allem Radfahrer und zu Fuß gehende jeden Alters.

Weder gelten Geschwindigkeiten die zur Unfallverhütung notwendig sind: wann gilt Flächendeckend Tempo 20 in Städten?

Noch werden vorhandene Geschwindigkeitsbeschränkungen durchgesetzt.

Es gilt als Bagatelle schneller zu fahren als erlaubt, trotz der exponentiell zunehmenden Unfallfolgen.

Weder wird an Straßenkreuzung existierende bauliche Konzepte zur Unfallverhütung von unseren Nachbarn die Niederlande überhaupt in Erwägung gezogen.

Geschweige denn darauf geachtet, dass der wenige Raum für Nicht-Autofahrer\*innen auch von Autos freigehalten wird, damit man nicht auf die Straße ausweichen muss,

oder überhaupt an den Kreuzungen ausreichend Sicht hat, um sicher queren zu können.

Die Polizei, die für die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer zuständig ist, ist untätig und das Ordnungsamt kommt nicht hinterher.

Bedürfnisse von marginalisierten Gruppen, wie - Kinder, ältere Menschen, Menschen mit Einschränkungen, oder Menschen mit Kinderwagen - werden in Kommunen weder bei der Planung noch beim Unterhalt von Straßenräumen - und bei den Behörden, die die Verkehrssicherheit überwachen sollen - beachtet.

Die Gefährdungen im Straßenverkehr würden in keinem Büro, keinem Labor, nicht in einem Geschäft geduldet werden. Fluggesellschaften oder die Bahn wären längst stillgelegt.

Was müssen wir also tun, um die Verkehrswende in die Köpfe der Institutionen zu bringen?

An vorhandenem Fachwissen scheitert es nicht, aber an Fachwissen und Fachkräften in den Verwaltungen.

Dass die Verkehrswende machbar ist, zeigen uns Beispiele unserer europäischen Nachbarn.

Das Ziel von Stadtplanung muss Daseinsvorsorge und Verkehrsvermeidung sein. Das Konzept der 15-Minuten Stadt bietet sich als Ziel an.

Dafür muss der Platz im Straßenraum neu verteilt werden.

Und wir müssen dafür sorgen, dass die Verwaltung handelt.

Das wird ein langer Prozess, er hat vor Jahren zaghafte begonnen.

Der Prozess wird noch Jahre brauchen, bis entweder die Verkehrswende in den Köpfen der Verwaltung angekommen ist oder neue Köpfe.

Ziviler Ungehorsam, wie auf die Straße Kleben, ist nicht für alle etwas.

Es gibt auch andere Möglichkeiten:

Zeigt Falschparker auf den Geh- und Radwegen an!

Die Stadt wird handeln müssen, wenn sie Daten hat, wie viele es tatsächlich sind.

Wem das Formular der Stadt zu mühsam ist, kann auch die browser-basierte App [weg.li](#) dafür benutzen.

Werdet in Verbänden aktiv, um Forderungen nach einer menschen- und nicht autogerechten Straßengestaltung - an die Stadt zu richten.

Ihr könnt auch Verkehrsingenieurwesen hier an der TU studieren und danach als Fachreferent in der Stadt euch für die Verkehrswende einsetzen und so die Institution modernisieren.

Es ist Zeit für eine Verkehrswende. Eine Verkehrswende, die den Klimaschutz vorantreibt, die Gesundheit fördert und die Gesellschaft gerechter macht. Eine Verkehrswende, die uns allen zugutekommt. Lasst uns gemeinsam handeln, um diese Veränderung zu erreichen.

Vielen Dank.

## Rede Debt for Climate

(externe, vorgelesene Rede)

Die Welt steht in Flammen. Schon heute. Die Klimakrise ist nichts, was erst in ein paar Jahren oder Jahrzehnten gefährlich wird. Nicht erst, wenn wir die 1,5° überschreiten. Und dementsprechend sollten wir auch handeln. Schon heute verhungern täglich Menschen wegen der Klimakrise, schon heute verlieren täglich Menschen ihre Bleibe wegen der Klimakrise, schon heute flüchten täglich Menschen wegen der Klimakrise, schon heute sterben und leiden täglich so viele Menschen wegen der Klimakrise. Nur eben kaum hier im Globalen Norden.

Das wir trotzdem noch nicht annähernd genug handeln liegt an dem rassistischen und kolonialen System in dem wir leben, welches wir selbst auch reproduzieren. Das 1,5°-Ziel ist rassistisch, weil es ausblendet, dass jetzt und in der Vergangenheit - bei 1,2° und darunter - schon Menschen sterben. Nur oft halt mit einer anderen bzw. "falschen" Hautfarbe.

Natürlich wollen wir nicht rassistisch sein, aber "wollen" und "tatsächlich sein" sind zwei unterschiedliche Dinge. Es wurde uns anerzogen, weniger Mitgefühl mit nicht-weißen Menschen zu haben, mit BIPOC. Es wurde uns anerzogen, von der Gesellschaft. Ja. Aber wir haben trotzdem die Möglichkeit es uns wieder abzutrainieren. Und das heißt im Fall der Klimakrise ihre koloniale und rassistische Dimension ins Zentrum unserer Analysen und Lösungen zu stellen, wie Dodo in der Broschüre »Kolonialismus & Klimakrise – Über 500 Jahre Widerstand« es schon sehr treffend beschrieben hat.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Kampagne "Debt for Climate", die Estéban Servat wie folgt gut zusammengefasst hat: "Die Schulden sind das Knie im Nacken des Globalen Südens und treiben den Vormarsch der fossilen Brennstoffindustrie, die koloniale Ausbeutung und die Umweltzerstörung voran. Inmitten der Klimakrise - und während die Welt schnell auf eine globale Schuldenkrise zusteuert, von der der Globale Süden am stärksten betroffen sein wird - bauen wir eine globale Bewegung auf, die beide Krisen aus der Perspektive der am stärksten Betroffenen beantworten und Schulden in Klimaschutzmaßnahmen umwandeln kann."

Die Forderung ist simpel: Dem Globalen Süden sollen alle finanziellen Schulden gestrichen werden, damit dieser eine selbstbestimmte, sozial und ökologischgerechte Transformation vollziehen kann. Denn Schulden sind ein großes neokoloniales Machtmittel des Globalen Nordens über den Globalen Süden. Alleine im Jahr 2020 musste der Globale Süden 327 Mrd. US-Dollar an Schulden zurück zahlen. Das ist Geld, was für Klimaschutz, Klimaanpassung oder andere soziale Maßnahmen fehlt. Mit diesem Machtmittel wird der Globale Süden dazu gezwungen Raubbau im eigenen Land von Großkonzernen aus dem Globalen Norden zu zulassen, wie zum Beispiel Fracking von Erdgas in Argentinien, Abbau von Kobalt im Kongo oder Lithium in Bolivien. Mit dem Raubbau werden die Länder nicht nur ihrer Ressourcen beraubt, ohne dass breite Teile der Bevölkerung davon einen Nutzen hätten - nein, es werden auch soziale und ökologische Verbrechen begangen, wie die Vertreibung, Enteignung und Ermordung von oft indigenen Menschen und die Vergiftung der Umwelt.

Und wenn das nicht schon genug Gründe wären, um sofort alle Schulden zu streichen, so kommt noch hinzu, dass ein Großteil der Schulden unrechtmäßig sind und vom Globalen Norden ganz bewusst genutzt werden, um auch nach dem "offiziellen" Ende der Kolonien diese weiterhin kontrollieren zu können. Dazu kommt noch die durch Ausbeutung und Kolonialismus über Jahrhunderte angehäuften ökologische, klimatische und soziale Schuld des Globalen Nordens gegenüber dem Globalen Süden, die sowieso nie komplett aufgewogen werden kann.

Bei der Forderung nach Schuldenstreichung sollte aber klar sein, dass dies nur ein erster Schritt ist. Diese reicht nicht, um den Globale Süden von neokolonialen Machtstrukturen zu befreien oder die Schuld des Globalen Nordens auch nur annähernd zu begleichen.

Natürlich wird diese Forderung, so sinnvoll und gerechtfertigt sie auch sein mag, nicht einfach so erfüllt. Dafür steht sie den Profit- und Machtinteressen des Kapitalismus viel zu sehr entgegen. Genauso wie sozial und ökologisch gerechter Klimaschutz den Profitinteressen des Kapitalismus entgegensteht. Deswegen müssen wir uns organisieren, uns vernetzen und selbst anfangen zu handeln. Einfach nur Forderungen an die Mächtigen stellen, wird uns nicht zum Erfolg bringen. Wir müssen eine Gegenmacht von unten aufbauen. Gemeinsam.



## Rede gleichAnders:

Hey, ich bin Vivi und ich freu mich mega, dass ihr heute alle da seid und dass ich euch unsere relativ neu gegründete Gruppe von Studierenden der Fakultät Soziale Arbeit an der Ostfalia Wolfenbüttel vorstellen darf.

Ja, wer sind wir eigentlich: Wir sind gleichAnders, wir wollen, dass es gleich anders gemacht wird – denn wir wollen nicht mehr warten auf Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und die Bekämpfung von Bildungsungerechtigkeit. Wir sind rund 15 Studierende der Sozialen Arbeit zwischen dem 2. Und 6. Semester und wir alle sind irgendwie, alle unterschiedlich politisch aktiv und haben uns nun zusammengefunden.

Als angehende Sozialarbeiter:innen sehen wir uns gezwungen, die Herausforderungen in der Gegenwart und Zukunft, die durch den Klimawandel, soziale Ungerechtigkeit, Armut oder Diskriminierung auf uns und besonders unsere Klient:innen zukommen werden, schon jetzt zu stoppen! Soziale Arbeit soll, in unseren Augen, keine Symptombekämpfung sein oder Abhängigkeit von Sozialen Diensten schaffen – unsere Klient:innen und alle Menschen auf dieser Welt verdienen eine gerechte Welt und Chancengleichheit.

Wir müssen jetzt alle gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft für alle kämpfen, das geht nur Global. Wir können nicht darüber diskutieren, wer jetzt anfängt oder wer wie viel leisten muss, bevor Deutschland auch mitmacht. Alle zusammen gegen den Klimawandel und zwar bevor es zu spät ist – wir müssen die Erderwärmung jetzt stoppen! Es bleibt uns keine Zeit mehr!

Deutschland gehört zu den Top 10 der weltgrößten CO<sub>2</sub>-Verursacher und sollte sich dieser Verantwortung stellen, neben den Emissionen die in Deutschland verursacht werden, verlagert Deutschland auch immer mehr Produktion ins Ausland und produziert dort auch massenhaft Müll und Co<sub>2</sub>. Noch immer beutet Deutschland andere Staaten aus und distanziert sich so kein bisschen vom Kolonialismus. Unser Müll und unsere Emissionen werden einfach ins Ausland verlagert oder dort hin verschifft und sind damit nicht mehr unser Problem – das ist viel zu kurz gedacht.

Der Planet lässt sich nicht in Staaten oder Kontinente einteilen, wen dem so wäre, würden sich die deutsche Bevölkerung und besonders die Politik sehr viel mehr für Klimaschutz interessieren. Wenn dem so wäre, würde es im globalen Süden vermutlich kaum zu einem Klimawandel kommen und uns in den Industriestaaten würde so langsam wirklich warm werden. Klimawandel ist aber ein globales Problem, unsere CO<sub>2</sub> Emissionen sind ein Problem für die gesamte Weltbevölkerung, besonders für den globalen Süden. Die Bevölkerung im globalen Süden zahlt mit ihrer Gesundheit, ihrer Lebensqualität und ihrem Leben für unser Leben im Überfluss und für unsere Klimasünden, unsere Emissionen und unseren Müll.

Anstatt, dass sich aber etwas ändert, haben wir eine FDP im Bundestag, die meint besser ausgebaute Autobahnen seien besser für das Klima. Eine FDP die Politik für Autos und deren Hersteller:innen macht. Und als wäre das nicht schon schlimm und peinlich genug, haben wir auch noch eine Grüne Partei im Bundestag, die lieber Lützerath räumen und die Kohle darunter abbaggern lässt, als wirklich das zu tun, was sie gesagt haben – „Wirtschaften for Future“ stand zur Landtagswahl in Niedersachsen auf Grünen-Plakaten. Also ich denke Lützerath abbaggern war eher Wirtschaften for RWE!

Als zukünftige Sozialarbeiter:innen arbeiten wir mit Menschen die von Armut betroffen sind, mit marginalisierten Gruppen, mit FLINTA\* Personen, Menschen die Behindert sind, alten Menschen oder Geflüchteten und all diese Gruppen gelten als besonders Gefährdet durch den Klimawandel. Der Klimawandel lässt das Armutsrisiko steigen, der Klimawandel lässt immer mehr Menschen ihre

Heimat verlieren und fliehen. Besonders im globalen Süden sind die Folgen des Klimawandels jetzt schon schwer auszuhalten – Dauerregen, Dürre, Stürme, Waldbrände.... All das zerstört Lebensräume für Mensch und Tier und führt zu Hungersnöten. Gerade alte und behinderte Personen oder Menschen die viel Care-Arbeit leisten, sind davon stark betroffen und ihr Armutsrisiko steigt enorm an.

Gerade in Ländern, die nur einen kleinen Anteil des CO2 Ausstoßes zu verantworten haben, sind die Folgen des Klimawandels schon jetzt katastrophal. Jahrelange Dürren, Flächenbrände, Überschwemmungen und auch die Ausdehnung der Wüsten und der massive Anstieg des Meeresspiegels bedrohen die Heimat von Millionen Menschen. Die Wüste in der Sahelzone breitet sich rasend schnell aus und immer mehr Menschen verlieren ihr Zuhause und können sich kaum ernähren, da die extremen Dürren jegliche Ernte verderben. Aber auch den Industriestaaten werden die Folgen ihres übermäßigen CO2 Ausstoßes langsam zum Verhängnis, die Waldbrände in Australien oder Feuerstürme in Kalifornien beweisen dies und sollten uns mehr als eine Warnung sein, dringend etwas an unserem Konsumverhalten und Leben im Überfluss zu ändern. Der steigende Meeresspiegel bedroht beliebte Urlaubsziele wie die Kanaren und auch unsere deutschen Halligen.

2020 gab es rund 55 Millionen Binnenflüchtende, also Flüchtende die innerhalb ihres Landes vor Naturkatastrophen oder den Folgen derer flohen. Nicht immer reicht es quer durchs Land zu flüchten oder dies ist aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich! Die Flucht nach Europa ist aber auch nicht einfach, neben teilweise unmenschlichen Fluchtbedingungen ist Klimaflucht auch kein anerkannter Fluchtgrund der Genfer Flüchtlingskonvention. Flüchtende die vor Folgen der Klimakrise und Naturkatastrophen fliehen haben kein Recht auf Asyl in Deutschland.

Wer vor einer akuten Naturkatastrophe, wie Erdbeben oder Überschwemmungen, flieht, bekommt nur eine temporäre Asylbescheinigung und muss, sobald die akute Gefahr vorüber ist, ausreisen. Dass diese Menschen aber ihre gesamte Existenz verloren haben, spielt dabei keine Rolle, auch eine gute Integration hier in Deutschland nicht, so werden diese Menschen erneut gewaltsam aus ihrem Lebensumfeld gerissen, welches sie sich vielleicht gerade erst neu aufgebaut hatten. Menschen die vor anderen Auswirkungen der Klimakrise, wie Dürre oder dem steigenden Meeresspiegel fliehen, fallen nicht in diese Ausnahmeregelung und haben daher keinerlei Anrecht auf Asyl! Das ist einfach falsch, wir sind als Industriestaaten zu großen Teilen am Klimawandel und den verheerenden Folgen schuld, ziehen uns aber aus der Verantwortung, wenn andere Länder und ihre Bevölkerung diesem besonders hart zum Opfer fallen!

Wir müssen jetzt etwas ändern, bevor noch mehr passiert, mehr Menschen durch Naturkatastrophen sterben oder ihre Heimat und Lebensgrundlage verlieren! Wir dürfen nicht weiter auf die Kosten anderer Leben und einfach hoffen, dass es uns nicht einholt!

Vor ein paar Wochen habe ich mich mit einer Kommilitonin über Aktivismus und auch rechtliche Konsequenzen gesprochen. Und sie sagte zu mir, dass sie es nicht versteht, wie Menschen mit Blockaden oder durch anderen zivilen Ungehorsam für das Klima oder gegen Nazis kämpfen und dabei Anzeigen und dadurch auch ihre berufliche Zukunft gefährden. Und ja, ich verstehe was sie meint: Aber ich frage mich immer, möchte ich in so einer Welt überhaupt arbeiten, leben, eine Familie gründen? In einer Welt in der es keine Zukunft zu geben scheint? In der ich Angst habe mir durch die Inflation kein Essen mehr leisten zu können? In einer Welt, bei der ich nicht weiß, wie lange noch Menschen auf diesem Planeten leben können? In einer Welt in der wir, als globaler Norden, so viel Leid über andere Menschen bringen, weil wir glauben, es wäre in Ordnung und nicht unser Problem? In einer Welt in der ich Angst habe im Dunkeln durch die Straßen zu laufen, weil Faschisten sowohl unsere Demokratie gefährden und täglich körperliche Angriffe auf der Straße begehen? In

einer Welt in der Polizist:innen Asylbewerber:innen oder Kinder töten und dafür keine Konsequenzen fürchten müssen? In so einer Welt möchte ich nicht leben und in dieser Welt möchte ich auch nicht arbeiten und Geld in dieses System pumpen.

Ich bin absolut sicher, dass ich das richtige studiere und dass ich diesen Job unbedingt machen möchte, aber das kapitalistische System, welches den Klimawandel stark vorantreibt, welches das Patriachat aufrechterhält, welches von Neoliberalisten und Faschisten geschützt wird – dieses System das möchte ich eigentlich nicht mit meiner Lohnarbeit unterstützen. Und warum eigentlich studieren und einen Abschluss machen, wenn unser Leben hier auf der Erde doch eh ein Verfallsdatum hat?

Ich möchte eine Zukunft und ich möchte auch eine Zukunft mir meine Kinder und vielleicht auch meine Enkelkinder...

Ich möchte eine Zukunft für meine zukünftigen Klient:innen, eine Zukunft in der sie gut und gerne leben

Ich möchte eine gerechte Zukunft für uns alle!

## Rede Seebrücke Braunschweig

Hallo zusammen,

ich bin von der Seebrücke Braunschweig.

Die meisten von euch kennen uns wahrscheinlich schon:

Seit 2018 setzen wir uns für legale Fluchtwege und eine sichere Bleibeperspektive von Geflüchteten ein. In Europa, aber auch hier vor Ort in Braunschweig.

Wir kämpfen dafür, dass Menschen im Mittelmeer und auf anderen Fluchtrouten nicht mehr sterben müssen und gegen die tagtäglichen, zahlreichen Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen!

Stattdessen fordern wir ein solidarisches Europa, in dem alle Geflüchtete willkommen geheißen, statt diskriminiert und kriminalisiert werden!

Dass die Klimakatastrophe und damit Deutschlands und Europas maßloser Ressourcenverbrauch, die Lebensgrundlage von Menschen in anderen Teilen der Welt zerstört, wisst ihr sicherlich schon. Diese Zerstörung steht in einer traurigen Tradition.

Denn genau die Menschen, die besonders stark von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, sind dieselben Menschen, die oftmals schon seit Jahrhunderten ausgebeutet, vertrieben, verfolgt und ermordet werden.

Das ist kein Zufall, sondern die Grundlage eines ausbeuterischen, kolonialen Systems, in dem Rassismus tief verankert ist.

Deutschlands Wohlstand ist abhängig von diesem System. Nur durch den Kapitalismus kann angeblich gerechtfertigt werden Rohstoffe aus anderen Ländern, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung vor Ort, zu stehlen und hier zu verbrauchen.

Länder, wie Deutschland, sind die Ursache dafür, dass ganze Landstriche in Ländern des globalen Südens unbewohnbar gemacht werden und Menschen so dazu gezwungen sind ihre Heimat zu verlassen und sich auf oftmals lebensgefährliche Fluchtrouten begeben müssen.

Doch anstatt der daraus folgenden Verantwortung gerecht zu werden und die Menschen hier willkommen zu heißen, wird auf Abschottung gesetzt:

Sollten Menschen versuchen in Länder der europäischen Union zu fliehen, werden sie an Europas Außengrenzen ignoriert, gewaltvoll zurückgedrängt oder ertrinken gelassen. Sollten sie dann doch hier in Deutschland ankommen, sind sie konfrontiert mit rassistischer Gewalt in Verwaltungen, vonseiten der Justiz und im Alltag, sie werden marginalisiert, ihnen werden Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe strukturell versperrt und müssen in ständiger Angst leben

abgeschoben zu werden.

Leider bedeutet auch der Ausbau sogenannter nachhaltiger Energiequellen kein Ende dieser kolonialen Praxis:

Erst kürzlich hat die deutsche Bundesregierung einen Wasserstoffdeal, den mit dem kanadischen Präsidenten geschlossen. Die Gewinnung des Wasserstoff fällt in Gebiete der First Nations, Kanadas indigene Ureinwohner. Doch während Bundeskanzler Olaf Scholz den Energie-Deal stolz als Fortschritt präsentierte, waren die Vertreter\*innen der indigenen Bevölkerung von den Verhandlung ausgeschlossen.

Dass wir hier in Deutschland unsere Energiegewinnung nicht selbst in die Hand nehmen, sondern in Gebiete von Bevölkerungen auslagern, die seit Jahrhunderten Unterdrückung von europäischen Ländern erfahren, ist eine Kontinuität von kolonialen und rassistischen Logiken und darf nicht geduldet werden.

Um dieses System nachhaltig zu verändern, müssen wir unsere Kämpfe verbinden. Anti-Rassistische Kämpfe, Anti-Kapitalistische Kämpfe und Solidarität mit schutzsuchenden Menschen müssen im Zentrum von Debatten um Klimagerechtigkeit stehen und immer zusammengedacht werden.

Nur gemeinsam schaffen wir es eine klimagerechte Welt zu gestalten.

Und allen, die bisher von diesem Lebensraum zerstörenden, menschenfeindlichen, rassistischen System profitiert und es schamlos ausgenutzt und immer weiter befeuert haben, das Menschen in die Flucht zwingt, sei gesagt:

Wir werden nicht aufhören laut zu sein und weiter gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft kämpfen!

Rechnet mit unserem Widerstand!

Für Klimaschutz! Für sichere Fluchtwege! Für ein solidarisches Miteinander!

## Rede Iranian Braunschweig

Ich bin Nishtman Abdollahi und komme aus dem Iran. Es ist ein schönes Land, es ist ein reiches Land mit vielen landwirtschaftlichen Produkten, Bodenschätzen. Es hat die zweitgrößten Gasreserven und die drittgrößten Ölvorkommen der Welt.

Aber der iranische Rial ist derzeit die wertloseste Währung der Welt und das iranische Volk lebt unter den schlimmsten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. Ich gehe hier auf die Umweltprobleme im Zusammenhang mit dem Iran nicht weiter ein. Das wären Zerstörung der Umwelt, Abbau von fruchtbarer Erde und deren Verkauf, Wassermangel und Zerstörung von Tierarten. Heute konzentriere ich mich auf die wirtschaftliche Beziehung über das Öl zwischen der islamischen Republik Iran und Deutschland.

Aber hängen die Probleme des Iran mit Deutschland zusammen?

Definitiv Ja!

Deutschland gilt als einer der stärksten und engsten Geschäftspartner der Islamischen Republik. Trotz der Ölsanktionen der USA und Europas gegen die Islamische Republik hat sich Deutschland in den letzten Jahren bemüht, Beziehungen und Verhandlungen wieder aufzunehmen. Zu diesem Zweck nutzen die Lobbyisten der Islamischen Republik alle möglichen Wege, einschließlich der Umgehung von Sanktionen, der Gründung von Scheinunternehmen und der Geldwäsche.

So schrieb das Handelsblatt im Januar dieses Jahres: „Die deutschen Exporte in den Iran sind ungeachtet der Kritik und neuer Sanktionen wegen der Niederschlagung der Protestbewegung im vergangenen Jahr gestiegen. Von Januar bis November 2022 wuchsen sie um 12,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf rund 1,5 Milliarden Euro.“

„Umgekehrt werden hauptsächlich Nahrungsmittel nach Deutschland importiert. Die iranischen Exporte nach Deutschland summierten sich in den ersten elf Monaten 2022 auf knapp 278 Millionen Euro. Das entspricht einem (leichten) Rückgang um 2,9 Prozent im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2021.“ Durch die Sanktionen gegen die Ölausfuhr im Rahmen des sogenannten Atomabkommens, ging der Öllexport von 2,5 Millionen Fass pro Tag im Jahr 2017 auf 0,4 Millionen am Tag in 2021 zurück. Ein Ende der Öl-Sanktionen durch einen sehr fragwürdigen Atom-Deal würde die Öl-Produktion sofort wieder stark ansteigen lassen. Jeder Geschäftsabschluss, der hier in Deutschland getätigt wird, beeinflusst das Leben der iranischen Bevölkerung.

Diese Geschäfte scheinen den Menschen im Iran und in Deutschland zu nützen, aber in Wirklichkeit ist dies nicht der Fall.

Die deutsche Politik lässt sich erpressen, um den Handel weiter aufrecht zu erhalten. Dabei werden Menschenrechtsfragen im Iran bis hin zu den Morden der islamischen Republik in Deutschland ignoriert. Auch deswegen überrascht es nicht, dass Frau Baerbock kürzlich verkündete, dass es nicht möglich sei, das IRGC, die Revolutionsgarde, in die Liste der terroristischen Gruppen aufzunehmen.

Durch den Stopp der Lieferungen von russischem Gas und Öl nach Deutschland wird der Iran als neuer Lieferant für fossile Energie interessant. 2012 stammten nicht einmal ein Prozent der Öleinfuhren aus dem Iran.

Billiges Öl und Energie für Deutschland bereitzustellen, ist für uns Iraner teuer. Jeder Euro, den die Islamische Republik an diesem Austausch verdient, ist eine Kugel in die Brust meiner Landsleute. Weil dieses Geld in Waffen investiert wird, die die islamische Republik gegen ihre eigene Bevölkerung richtet. Wie in den letzten 5 Monaten. Es wurden bei Demonstrationen der iranischen Bevölkerung

schon über 500 junge Menschen skrupellos niedergeschossen, tausende verletzt und über 20.000 wurden in Gefängnisse gesperrt

Aber wie lange kann das so weitergehen? Wäre es nicht besser, wenn es im Iran eine demokratische und säkulare Regierung gäbe, mit freien internationalen Handelsbeziehungen, mit einem freien und transparenten Bankensystem. Damit Deutschland und andere Länder ohne Angst vor Sanktionen und illegalen Methoden Handel mit dem Iran treiben kann? Wir alle hoffen, dass die Revolution bald gelingen wird.

Wäre es nicht besser, wenn deutsche Bürger vor den Terroristen der Islamischen Republik sicher sind und die Menschen im Iran alle von den Rohstoffen (auch den Ölvorkommen) des Landes profitieren können?

Wäre es nicht besser, wenn durch den Austausch von Wissen und wissenschaftlichen Technologien die Abhängigkeit von Öleinnahmen in beiden Ländern verringert würde?